Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 3.75. Annahme von Ankündigungen: Montags bis Freitags 8 Uhr Morgens, Sonntags 9 Uhr Morgens, 11–½1 Uhr Mittags. Im Interesse: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags. Für Qualität Grundsatz. Insertionspreis 15 Silbergr. 15 Pfg., Wiederholungen auf der Privatseite Zeile 10 Pfg.; Tabellarische „innerem Strich" einfache 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c., bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Ross' Kraftbier, Lungenleidende, Reconvalescenten, scroph. Kinder etc. 70 Pf. per Fl., bei 10 Fl. 65 Pf. per Fl.

Pepton-Präparat, ärztl. warm empfohlenes Nähr- u. Stärkungsmittel für Blutarme, Magen- u. **George Baumann, Pragerstrasse 40.**

Photographische **Apparate** für Amateure **Carl Plaul** 25 Wallstrasse 25 Verkaufslocal jetzt: **Parterre.**

Dresdner Champagner-Fabrik Fernsprecher: Amt II. Nr. 2153 empfiehlt ihre Telegr.-Adresse: Champag.-Dresden **mit K. S. Staatspreis ausgezeichneten Champagner** aus deutschen und französischen Weinen, auch rothe Assmannshäuser und Burgunder Mousseux. Niederlages bei Herrn H. E. Phillipp, an der Kreuzkirche 2, und bei Herren Wels & Henke, Schlossstrasse 17.

Gewissenhaft, mässige Preise. **Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N.** Hauptstr. 4. Musterausstellung Auskunft kostenlos. Telegr. Amt II. Nr. 20. Erwirkg. und Verwertg. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Inhaber: **Emil Reichelt,** Ing. u. Patent-Anw.

„Invalidendank" Dresden, Seestrasse 5, I. Fernsprechstelle 1117. I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater. III. Effekten-Kontrolle unter Garantie. IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Tuchwaaren. ff. Paletot-, Rock- und Hosenstoffe in deutschen und englischen soliden Fabrikaten. Billard-, Pelz- u. Turntuche. Reinwoll. Tyrolerloden empfehlen **Pörschel & Schneider, Scheffelstrasse 19.**

Politisches.

Ein besonderer Sport der politischen Abtheilung der Presse ist die Erörterung von Personalfragen auf dem Gebiete der auswärtigen Vertretung der führenden Großmächte geworden. Alle Augenblicke heißt es einmal, diese oder jene Regierung beabsichtige, ein großes „Revirement" — der Gebrauch eines solchen Fachausdrucks soll den Nachrichten jener Art etwas geheimnißvoll Eingeweihtes verleihen — unter ihrem Botschafterpersonal vorzunehmen. Im Allgemeinen ist auf derartige Aeußerungen nichts zu geben, da sie der Regel nach durch den thatsächlichen Lauf der Dinge nicht bestätigt werden. Um so mehr pflegt es aufzufallen, wenn ausnahmsweise einmal ein Treffer in's Schwarze erfolgt, wie es bei der Ernennung des Grafen Murawiew zum Verweser des auswärtigen Ministeriums des russischen Reichs der Fall gewesen ist. Bereits vor einigen Wochen wurde nämlich von Konstantinopel aus darauf aufmerksam gemacht, daß die Berufung des bisherigen russischen Gesandten in Kopenhagen, Murawiew, nach Petersburg zu der dort stattfindenden Botschafterversammlung von „eingeweihter Seite" in dem Sinne gedeutet werde, als sei der Graf zum Nachfolger des Fürsten Lobanow ausersehen. Wenn man nun nicht gerade annehmen will, daß der Urheber der fraglichen Nachricht bloß zufällig richtig gerathen hat — im Allgemeinen ist ja unleugbar die Kunst des rechtzeitigen Errathens die hauptsächliche Voraussetzung des Erfolgs nicht nur an der Börse, sondern auch in der hohen Politik —, so dürfte man geneigt sein, einer weiteren Mittheilung, die aus derselben Quelle stammt, eine erhöhte Bedeutung beizumessen. Der Inhalt dieser neuesten Post bezieht sich auf die Version des Herrn v. Nelidow, des bisherigen russischen Botschafters in Konstantinopel, und besagt, daß der genannte Diplomat vom Czaren die bestimmte Zusicherung erhalten habe, es solle seinem Gesuch um anderweitige Verwendung im diplomatischen Dienste Folge gegeben werden, sobald die schwebenden diplomatischen Verhandlungen beendet seien. Nun kommt das Interessante, oder, wenn man will, sogar Pikante bei der Sache. Herr v. Nelidow, heißt es nämlich, sei für den Pariser Posten alles Ernstes in Aussicht genommen.

Wenn das stimmte, so ließe sich nicht nur der Umstand, daß vorerst noch allerlei Verhandlungen zwischen Paris und Petersburg geführt werden müssen, leicht erklären, sondern es erhielte auch die viel erörterte Ernennung des Grafen Murawiew ein nach jeder Richtung beruhigendes Relief, soweit von der Nothwendigkeit einer „Beruhigung" überhaupt die Rede sein kann. Herr v. Nelidow hat nämlich zwei hervorstechende Charaktereigenschaften, die für die Beurtheilung seiner politischen Bedeutung wesentlich in's Gewicht fallen: er ist einmal eine energische, zu kraftvollem Handeln geneigte Natur, der süße Worte, langathmige Noten und höfliche Vorstellungen ein Gräuel sind. Außerdem aber ist Herr v. Nelidow ein Mann, der den Werth des Deutschthums in kultureller und politischer Hinsicht zu schätzen weiß, sodaß er in Paris fast als ein verkappter „Prussien" gilt. Wird diese Persönlichkeit von dem bisherigen Schauplatz ihrer Wirksamkeit im Orient abberufen und nach Paris geschickt, so wird man daraus zwei Folgerungen für die Absichten ziehen dürfen, von denen die russische auswärtige Politik für die nächste Zukunft beseelt ist: erstens, daß Rußland in Konstantinopel auch ferner nicht von seiner bisherigen abwartenden Haltung abzugehen gedenkt, und zweitens, daß es in Paris ein wachsames Auge auf die chauvinistischen Treibereien gegen Deutschland haben möchte. Das Eine wie das Andere entspricht durchaus dem augenblicklichen russischen Interesse, das nach wie vor auf die Erhaltung von Ruhe und Frieden in Europa gerichtet ist. Man wird auch gut thun, sich in diesem Zusammenhange der Ansprache des russischen Botschafters Baron v. Mohrenheim in Paris an den Präsidenten der Republik bei Gelegenheit des Neujahrsempfangs zu erinnern. Herr v. Mohrenheim betonte damals die friedlichen Ziele des Zweibunds so nachdrücklich, daß es wie eine offene Mahnung an Frankreich klang, sich nicht von dem Geiste der Abenteuer in seiner auswärtigen Politik fortreißen zu lassen.

Zu der Besetzung des Pariser Botschafterpostens mit der Persönlichkeit des Herrn v. Nelidow würde freilich auch die Zustimmung der französischen Regierung gehören. Daß diese den jetzigen Botschafter Rußlands bei der hohen Pforte nur mit Ach und Krach annehmen würde, unterliegt keinem Zweifel. Ebensowenig darf man aber den ungläubigen Thomas spielen gegenüber der schließlichen Nachgiebigkeit Frankreichs. Die Franzosen haben schon drei bittere Pillen, die ihnen der russische Freund gereicht hat, mit einer süßsauren Grimasse verschluckt. In der egyptischen Frage sind sie mit ihrer Aktionslust gegen England in Petersburg abgeblitzt, mit Bezug auf die ostasiatischen Angelegenheiten hat die russische Diplomatie es nicht einmal für nöthig gehalten, den französischen Bundesgenossen von dem Abschluß des russisch-chinesischen Eisenbahnvertrags zu unterrichten, und in Sachen der Regelung der türkischen Finanzen sind die französischen Vorschläge von der russischen Regierung rundweg zurückgewiesen worden. In dem letzten Punkte haben sich die Franzosen ganz besonders empfindlich getroffen gefühlt, weil die Sanirung der türkischen Finanzen ein Favoritplan der französischen Hochfinanz ist. Zum Ueberfluß soll es auch noch der querköpfige Herr v. Nelidow gewesen sein, dessen entschiedener Einspruch das bereits im Einzelnen ausgearbeitete Reformprojekt zu Makulatur gemacht hat. Trotzalledem würden sich aber die Franzosen mit der Beglaubigung Herrn v. Nelidow's für den Pariser Botschafterposten schon abzufinden wissen, wenn Rußland ernstlich auf seinem Wunsche bestände. Es ist wohl so leicht keine politische Selbstentsagung denkbar, die Frankreich sich zur Zeit nicht auferlegen würde, wenn es durch ihre Nichtausübung fürchten müßte, den russischen Freund ernstlich zu verschnupfen. Die „Dehors" des Zweibunds verlangen das so.

Im Innern freilich nagt an der Seele der leitenden französischen Politiker ein geheimer Unmuth über die schmerzlich empfundene „krasse Selbstsucht" der russischen Politik fort, und wenn Herr Hanotaux sich auch zehn Mal des Tages erinnert, sich den nützlichen kategorischen Imperativ „Mensch, ärgere Dich nicht!" zur Richtschnur dienen zu lassen, so wallt die Bitterkeit der Enttäuschung doch immer wieder in ihm auf. In solchen Augenblicken fühlt er den Geist der Opposition in sich stark werden und setzt sich flugs an den Schreibtisch, um seinem gepreßten Herzen Luft zu machen. Da pflegen dann seltsame Dinge an den Tag zu kommen. Neuerdings ist auf dem angedeuteten Wege die Welt darüber belehrt worden, daß in Oesterreich eine franzosenfreundliche mächtige Partei existire, die insbesondere durch die Hamburger „Enthüllungen" des Vorjahres über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag ihre Stellung wesentlich verstärkt habe und sogar ihren Einfluß auf das Verhältniß der beiden leitenden Staatsmänner Oesterreichs zu äußern beginne. Der Graf Badeni wird nämlich für die Zweibundspolitik in Anspruch genommen, während Graf Goluchowsky schlecht wegkommt als ein Individuum, das vor Deutschland im Staube kriewe. Es sei daher zu wünschen, daß der „wohlthätige" Einfluß des Grafen Badeni auch in der äußeren Politik zur Geltung kommen möchte. Die Herren, die derartige Ideen herausstecken, scheinen dabei auf den Polonismus und das Slaventhum in Oesterreich zu spekuliren, die beide in Verbindung mit dem Klerikalismus ja allerdings nicht gerade als Freunde des Deutschthums bezeichnet werden können. Wenn aber auch Graf Badeni aus Rücksichten auf die eigenthümliche innerpolitische Lage mehr als wünschenswerth genöthigt ist, sich der Hilfe dieser Elemente bei der Erledigung der Staatsgeschäfte zu bedienen, so hat doch sein Verhalten bis jetzt nicht zu dem Verdacht Anlaß gegeben, daß er ihre Ausbreitung soweit begünstigen könnte, um dadurch eine aktuelle Gefährdung der Beziehungen zu Deutschland herbeizuführen. Im Uebrigen ist von einem politischen Gegensatz zwischen den beiden leitenden Staatsmännern ernstlich keine Rede. Graf Badeni ist allerdings Oberst in Civil und Graf Goluchowsky Diplomat in Escarpins. Daraus ergeben sich gewisse natürliche Unterschiede in der Art des Auftretens, die aber die Gemeinsamkeit der Auffassung über die Ersprießlichkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland nicht zu alteriren vermögen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Januar.

Berlin. Reichstag. Bei Anwesenheit von vielleicht 40 Mitgliedern beginnt das Haus die Berathung des Antrags Lenzmann betreffend die Patienten in Heilanstalten für Geisteskranke. — Abg. Lenzmann (Freis. Vp.): Daß auf dem Gebiete des Irrenwesens Mißstände herrschen, haben neuere Vorkommnisse auch dem Laien einleuchtend gezeigt. Es sind Leute eingesperrt worden, die nicht verrückt waren, wenn auch vielleicht in fünf Sechsteln aller Fälle, wo Jemand sich zu Unrecht eingesperrt hielt, sich herausgestellt hat, daß der Betreffende wirklich verrückt war. So sei eine Frau von ihrem Manne in's Irrenhaus gebracht worden, weil sie Medizin habe studiren wollen; später, nach ihrer Freilassung, habe sie ihre Absicht mit bestem Erfolge ausgeführt. Der Oberbürgermeister Hegelmeier in Heilbronn sei wegen Irrsinns eingesperrt, später aber, als ein anderer Minister an's Ruder gekommen sei (Heiterkeit), wieder entlassen worden, weil er überhaupt nicht als geisteskrank befunden wurde. Ein Mann sei eingesperrt worden, dessen Frau mit dem betreffenden Arzte ehebrecherischen Umgang hatte. Redner gedenkt dann des Alexianer-Prozesses; Forbes sei auf oberflächliche Untersuchung hin eingesperrt worden, im Prozeß zeigte er sich vollständig geistesklar. (Zuruf: Nein!) (Abg. Schmidt-Warburg: Wenn sein Zustand sich gebessert hat, so kann es sicher nicht im Irrenhause geschehen sein. Jetzt amtirt Forbes wieder in Frankreich als katholischer Geistlicher, denn er hat zu seiner Kirche ein rührendes Vertrauen bewahrt. Ein gewisser Völkmann ist auf Veranlassung seiner ehebrecherischen Frau auf Jahre in's Irrenhaus gebracht worden, währenddessen brachte die Frau das Vermögen des Mannes durch. Im bayerischen Abgeordnetenhause hat Ratzinger über den Fall des Arbeiters Lorenz Mittheilungen gemacht. Lorenz hatte Erfindungen betr. das Holzpflaster gemacht und sich deshalb an den Fürsten Bismarck gewandt. Er verlangte, als einfacher Arbeiter in Bismarck's Fabrik angestellt zu werden. Graf Herbert steckte den Brief einfach beiseite. Als Fürst Bismarck wegen der Hochzeit des Grafen Herbert in Wien war, warf Lorenz seine Akten dem Fürsten Bismarck in dessen Wagen. Wegen dieses fürchterlichen „Attentats" wurde Lorenz als geisteskrank eingesperrt. Noch mehr aber kommen Fälle vor, in denen Gesunde eingesperrt werden. Im Mittelalter habe man die Irren für vom Teufel besessen gehalten (Widerspruch im Centrum), und das sei auch heute noch in gewissen Kreisen der Fall. Habe doch ein Arzt in Aachen selbst die Hypnose für von Dämonen herrührend erklärt. Die Unfehlbarkeit der Aerzte sei auf diesem Gebiete umso gefährlicher, als gerade die Irrenärzte selber meist sehr nervös seien. Wie unberechtigt der Unfehlbarkeitsglaube der Irrenärzte sei, ergebe sich aus einer Broschüre, welche einer der bedeutendsten Irrenärzte, ein Freund von ihm selbst, über die Fälle Forbes, Völkmann und einen Fall Weber geschrieben habe und in welcher diese Drei ganz ohne Grund für zweifellos geisteskrank erklärt worden wären. Das Reich sei auf diesem Gebiete wiederin der Nachhut; alle anderen Kulturstaaten, nur Rußland ausgenommen, seien uns mit einem Irrengesetze vorangegangen. Redner entwickelt schließlich die Grundsätze, auf denen er sich das Reichsgesetz aufgebaut denkt: Vor Allem größere Garantien bei der Aufnahme und für ihren Verkehr mit der Außenwelt, entehrende Strafe wie im französischen Rechte für Unterschlagung eines Briefes eines Irren an Jemand außerhalb der Anstalt. Er und seine Freunde würden so lange ansetzen, bis der Baum falle. — Abg. Jacobskötter (kons.) erklärt, seine politischen Freunde würden dem Antrage Lenzmann zustimmen, zöge ihn aber in der Fassung dem Antrage Kruse vor, wonach in dem von Lenzmann beantragten Gesetzentwurfe die Grundsätze für Aufnahme u. s. w. von Geisteskranken festgestellt werden sollen. — Abg. Kruse (nat.-lib.) begründet seinen Antrag. Er legt den Schwerpunkt auf die dauernde Ueberwachung des Aufenthalts eines Irren in der Anstalt und auf die Regelung der Voraussetzungen für die Entlassung. Die Grenze, wo die Geisteskrankheit beginne, sei nicht jederzeit so leicht festzustellen. Es gebe Leute, die zunächst für excentrisch gelten, bei denen aber die Excentricität sich schließlich darin äußere, daß sie durch excessive Spekulationen z. B. das ganze Vermögen, das sie und ihre Angehörigen besitzen, vergeuden. In einem der von Lenzmann angeführten Fälle sei nachgewiesen, daß die Einsperrung widerrechtlich gewesen sei. — Abg. Stadthagen (soz.) bestreitet dies. Psychiater seien eigenthümliche Leute; wenn reiche Leute stehlen, nennen sie das Kleptomanie, eine ganz neue Art von Irrsinn. Redner führt ebenfalls eine ganze Reihe von Fällen an, wo das Gutachten des Arztes sich als unzutreffend erwiesen habe. In mindestens 50 Prozent aller Fälle lägen entweder überhaupt keine Geisteskrankheiten vor oder doch kein Grund zur Einsperrung. — Abg. Schmidt-Warburg (Centr.) giebt dem Antrage Kruse den Vorzug, würde aber, wenn derselbe nicht eingebracht wäre, den Antrag Lenzmann annehmen. Irrthümer über die Geistesqualifikation von in Irrenhäuser Gebrachten seien in der That erwiesen. Lenzmann habe gerügt, daß das Centrum hier so wenig zahlreich vertreten sei, aber es scheine, als ob auch die Herren Freisinnigen mehr draußen beim Kaffee als hier wären. (Heiterkeit.) Den Fall Forbes anlangend, so sei zu bemerken, daß Forbes freiwillig in die Anstalt gegangen sei. Herr Lenzmann habe wohl nur eine Spitze in das Centrum schicken wollen (Heiterkeit); so auch mit der Bezugnahme auf das Mittelalter, aber da sei doch viel für Irrenanstalten aufgewendet worden, man möge also das Mittelalter nicht gar zu schlecht machen. (Heiterkeit.) — Staatssekretär v. Boetticher: Mit dem Verfahren bei der Aufnahme von Irren in Anstalten haben sich die Regierungen der Einzelstaaten neuerdings schon mehrfach befaßt, so Preußen, Bayern, Baden, Württemberg. Alle diese Staaten haben neuerlich Verordnungen erlassen, wobei das Bestreben dahin ging, größere Sicherheit dadurch zu schaffen, daß man sich für die Aufnahme in Irrenanstalten nicht mit dem Gutachten privater Aerzte begnügt, sondern solche von beamteten Aerzten vorschreibt. Den Antrag Lenzmann anlangend, so wisse er nicht, ob die Landesregierungen ihre Anordnung enfür ausreichend halten. Sollten diese nicht ausreichen, so würde ich allerdings befürworten, den Weg der Reichsgesetzgebung zu beschreiten. Es ist auf diesem Gebiete viel gesündigt worden, und es ist gut, hier die bessernde Hand anzulegen. — Abg. Förster (Reformp.) tritt für den Antrag Lenzmann bez. Kruse ein. — Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Reichsp.): Wir sind der Regierung für ihre neueren Anordnungen dankbar; durch dieselben sind aber noch nicht alle Mißstände behoben, und wir werden deshalb gut thun, diesen Antrag Kruse anzunehmen. — Nachdem Abg. Lenzmann seinen Antrag zu Gunsten desjenigen Kruse's zurückgezogen hat, wird letzterer einstimmig angenommen. — Das Haus erledigt dann noch einige Petitionen. Dabei wird von einem Kommissar des Schatzamts die Erklärung abgegeben, über Reformen des Postzeitungstarifs sei eine Einigung erzielt; in der nächsten Session werde voraussichtlich eine bezügliche Vorlage erfolgen. — Weiterberathung Montag: Etat.

Berlin. Der Kaiser empfing heute Abend den österreichischen Minister Grafen Goluchowski; derselbe kehrt am Dienstag Abend nach Wien zurück. — Bei dem am Montag stattfindenden Fest des Schwarzen Adlerordens wird der Kaiser den Erbgroßherzog von Sachsen und den Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt, sowie den Minister v. Delbrück, den Fürsten zu Wied und die Generale v. Hahnel und von Seeckt investiren. — Die Handwerker-Organisations-Vorlage geht am Montag dem Plenum des Bundesraths in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung zu. — Die Aussichten für die Margarine-Vorlage haben sich erheblich gebessert; es ist jetzt zwischen den verbündeten Regierungen und den Mehrheitsparteien des Reichstags auch betreffs des Färbeverbots eine Einigung erzielt worden. — Das Abgeordnetenhaus hat heute das Lehrerbesoldungsgesetz definitiv angenommen; dagegen stimmten nur das Centrum und Abg. Pleß. Ein Antrag des Centrums auf nochmalige Abstimmung in 21 Tagen, weil das Gesetz eine Verfassungsänderung enthalte, wurde gegen Centrum, Polen und einige Konservative abgelehnt.

* **Berlin.** Die Audienz des Grafen Goluchowski beim Kaiser währte eine halbe Stunde. Niemand wohnte sonst der Audienz bei. Daran schloß sich ein Diner beim Kaiserpaar, woran außer dem Grafen Goluchowski der Botschafter v. Szögyenyi, der Reichskanzler, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt u. s. w. theilnahmen.

Hamburg. Der Arbeitgeberverband hat folgendes Schreiben an Herrn Döring gerichtet: Auf Ihr Schreiben vom 13. erwidern Ihnen der Arbeitgeberverband, daß er sich von Verhandlungen auf anderer Grundlage als der von einem hohen Senat am 18. Dezember vor. Js. vorgeschlagenen keinen Erfolg zu versprechen vermag. Er ist jedoch bereit, die von Ihnen ernannte Kommission zu hören, und hat dazu die Herren Heitmann, Grammann und Gustav Tiedgens beauftragt, welche dieselbe am Sonnabend Nachmittag in der Handelskammer erwarten würden.

* **Hamburg.** In der heutigen Kommissionssitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde die Forderung der Arbeiter, daß die neuen Arbeiter zu entlassen und sämmtliche alten wieder einzustellen seien, nicht angenommen. Schließlich wurde beschlossen, daß drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer gewählt werden, welche Vorschläge zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten ausarbeiten sollen, eventuell sollen die Vorschläge einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Die Verhandlungen dauerten drei Stunden und fanden in versöhnlicher Form statt.

Lübeck. Sieben Ausständige wurden wegen des am 24. November vor. J. begangenen Ueberfalls von nicht ausständigen Arbeitern des hiesigen Emaillirwerks zu 1½ bis 3 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Köln. Wie die Abendblätter aus Cleve melden, ist gestern die Villa des am Montag verstorbenen Prinzen Albrecht von Waldeck und Pyrmont niedergebrannt. Das Feuer brach während der Beisetzungsfeierlichkeiten aus und zerstörte innerhalb einer Stunde die Villa bis auf die Umfassungsmauer. Von dem werthvollen Inhalte konnte trotz schneller Hilfe nur verschwindend wenig gerettet werden. Die wenigen in dem Hause anwesenden Personen, die Prinzessin, ein Kind und einige weibliche Dienstboten, entkamen mit knapper Noth den Flammen. Eine Magd sprang in der Verwirrung aus einem Fenster im 2. Stock und erlitt schwere Verletzungen. Der Brand scheint dadurch entstanden zu sein, daß, nachdem der Trauerzug die Villa verlassen hatte, die Trauerdekoration durch Umfallen eines Lichts oder auf sonst eine Weise Feuer gefangen hat, welches sich dann mit rasender Schnelligkeit ausbreitete.

Posen. Im Prozeß, den Erzbischof Dr. v. Stablewski gegen den Kreisschulinspektor Rudenek, den Lehrer Wenzel und den verantwortlichen Redakteur des „Posener Tageblatts" wegen Beleidigung des Probstes Szadzinski angestrengt hatte, sind sämmtliche Angeklagte freigesprochen worden. Die Angeklagten hatten berichtet, daß der Probst den Schülern das deutsche Lesen verboten hatte mit dem Bemerken, das deutsche Gebet sei eine Sünde. Er

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt